

P R e s s e

S P i E g e l

Polen - Pressespiegel 38/2025 vom 18.08.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Verletzung des polnischen Luftraums:
Es liegt ein Antrag auf Aktivierung von Artikel 4 des Nordatlantikvertrags vor
- Keine Panik, bleiben wir ruhig. Allerdings haben wir dennoch keine normale Friedenszeit mehr
- Wir verschwenden Zeit. Wir können uns gegen 20 Drohnen verteidigen, aber gegen 400 geht das nicht mehr
- Abschied von der Plattform. Warum haben die Parteien der Bürgerkoalition [KO] beschlossen, sich zusammenzuschließen?
- Die Polen wollen den Ukrainern das 800 Plus wegnehmen. Aber nicht, weil sie xenophob sind
- Der Brief der Bischöfe über Religionsunterricht in der Schule:
Heuchelei und intellektuelle Manipulation

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Verletzung des polnischen Luftraums: Es liegt ein Antrag auf Aktivierung von Artikel 4 des Nordatlantikvertrags vor



Quelle: gov.pl

Website der Republik Polen

„Die Tatsache, dass Drohnen abgeschossen wurden, die unsere Sicherheit direkt bedrohten, ist ein Erfolg für unser Militär und das der Nato. Aber das verändert natürlich die politische Situation. Deshalb haben die Konsultationen der Alliierten die Form eines formellen Antrags auf Aktivierung von Artikel 4 des Nordatlantikvertrags angenommen“, erklärte Premierminister Donald Tusk im Sejm. Die Entscheidung, einen solchen Antrag zu stellen, wurde gemeinsam vom Ministerpräsidenten und dem Präsidenten getroffen. Polen ist geeint, denn nur ein solches Polen wird allen Provokationen und Angriffsversuchen des Feindes widerstehen. Heute gibt es keinen Grund, zu behaupten, dass wir uns im Krieg befinden.

Der Premierminister hat im Sejm den Standpunkt der Regierung zu der beispiellosen Verletzung des polnischen Luftraums durch die Russische Föderation dargelegt. Im Laufe der Nacht kam es zu 19 Verletzungen des polnischen Luftraums. „Ich möchte mit allem Nachdruck betonen, dass es keinen Grund gibt, heute zu behaupten, wir befänden uns im Kriegszustand. Aber es besteht kein Zweifel, dass diese Provokation die bisherigen Grenzen überschreitet und aus polnischer Sicht unvergleichlich gefährlicher ist als alle bisherigen“, sagte Premierminister Donald Tusk.

Das Militär bestätigte den Abschuss von 3 Drohnen, von denen die letzte am Mittwoch um 6:45 Uhr ausgeschaltet wurde.

Neue Richtung: Weißrussland

In den vergangenen Monaten hat Russland vereinzelte Provokationen mit Verletzungen des Luftraums unternommen. Heute Nacht kamen die Drohnen, die über polnisches Gebiet flogen, aus einer anderen Richtung als zuvor. „Neu ist (...) die Richtung, aus der die Drohnen, die den polnischen Luftraum verletzten, kamen. Nicht aus der Ukraine -- als Ergebnis von Irrtümern, Drohnenverwechslungen oder kleinen russischen Provokationen in minimalem Umfang. Zum ersten Mal flog eine große Anzahl von Drohnen direkt aus Weißrussland über Polen“, sagte der polnische Regierungschef.

Der Premierminister warnte im Sejm, dass die heutige Provokation Teil einer groß angelegten russisch-weißrussischen Operation sei. „Am Freitag beginnen die ‚Zapad‘-Manöver - sehr aggressiv. Aggressiv, was den angeblichen Zweck dieser Manöver anbelangt (...). Es ist bekannt, dass die Landenge von Suwałki eines der geplanten Ziele möglicher künftiger russischer Operationen hier ist, daher (...) haben wir keinen Zweifel daran, dass sowohl das Schüren von Chaos, Panik, Angst, politischer Spaltung in Polen als auch die direkte Verbindung mit den ‚Zapad‘-Manövern mehr als nur eine Demonstration ist. Und es ist mehr als eine Provokation“, erklärte der Premierminister.

Die russisch-weißrussische Militärübung „Zapad“ beginnt am Freitag, den 12. September 2025. In diesem Zusammenhang kündigte der Premierminister gestern an, dass Polen die Grenze zu Weißrussland (einschließlich der Bahnübergänge) aus Sicherheitsgründen schließen wird.

Alliierte Unterstützung und Konsultation gemäß Artikel 4 der NATO

Polen hat beschlossen, Artikel 4 des Nordatlantikvertrags zu aktivieren, der die Konsultation zwischen den Mitgliedstaaten im Falle einer Bedrohung regelt. Darin heißt es: „Die Vertragsparteien konsultieren einander, wenn nach Auffassung einer von ihnen die territoriale Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Vertragsparteien bedroht ist“.

Die aggressive Politik Russlands lässt keine Illusionen zu. Der polnische Ministerpräsident betonte daher, dass er entschlossenes Handeln und Unterstützung vom Westen erwarte. „Worte der Solidarität sind notwendig, aber sie reichen nicht aus. Heute muss der gesamten westlichen Welt sehr laut gesagt werden (...) - Artikel 4 ist nur der Auftakt zu einer vertieften Zusammenarbeit für die Sicherheit unseres Himmels und unserer Grenze, die die Grenze der NATO ist“, sagte der Premierminister auf der Tribüne des Parlaments.

Der polnische Regierungschef äußerte die Erwartung, dass die westlichen Hauptstädte ein Höchstmaß an Unterstützung für Polen zeigen würden. „Dies ist nicht unser Krieg, es ist nicht nur ein Krieg der Ukrainer. Dies ist ein Krieg (...), den Russland der gesamten freien Welt erklärt hat“, fügte Ministerpräsident Tusk hinzu.

Ein geeintes Polen wird unbesiegbar sein.

Der Premierminister, der Präsident, die Minister, die Geheimdienste und der gesamte Staatsapparat -- sie alle sind entschlossen, Polen zu schützen. „In solchen Momenten müssen wir alle diese Prüfung der Einheit bestehen. Welche Unterschiede uns auch immer trennen, welche Emotionen uns auch immer trennen - in dieser Sache darf es nicht den kleinsten Spalt geben, in den der Widersacher oder der Feind (...) seine Krallen hineinstecken möchte“, erklärte der Premierminister.

Premierminister Donald Tusk hat mitgeteilt, dass sowohl die Regierung - unter der Leitung des Verteidigungsministers und des Außenministers - als auch der Präsidentenpalast eng zusammenarbeiten, um die Mobilisierung aller unserer Verbündeten zu maximieren, um der russischen Bedrohung zu begegnen. „Vereinte Polen wird niemand schlagen können“, sagte der Regierungschef.

Die Regierung, der Präsident und die Gesellschaft als Ganzes müssen unabhängig von politischen Ansichten und Sympathien zusammenstehen. Die Bedrohung ist erkannt. Das Ziel ist klar - die Sicherheit des Staates zu schützen. Das Mittel dazu sind Einigkeit und Entschlossenheit.

Zsfg.: JP



www.mleczko.pl

Das ist nicht mehr das gleiche Wehklagen wie früher

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Keine Panik, bleiben wir ruhig. Allerdings haben wir dennoch keine normale Friedenszeit mehr



Quelle: wyborcza.pl

Von **Agnieszka Kublik**

Interview mit dem polnischen Außenminister und Vize-Premierminister Radosław Sikorski

Agnieszka Kublik: Donald Tusk sagte am Dienstag im Sejm, dass diese mehrstündige Verletzung unseres Luftraums „mehr als eine Provokation“ sei. Wie ist das zu verstehen?

Radosław Sikorski: Das bedeutet, dass man vielleicht noch glauben könnte, ein oder zwei Drohnen, die über Polen fliegen, seien Geräte, die außer Kontrolle geraten sind. Aber wenn wir 19 Verletzungen des Luftraums und gleichzeitig eine ganze Desinformationskampagne haben, sieht das nach einer geplanten Aktion aus.

Auf Antrag Polens wurde Artikel 4 des NATO-Pakts aktiviert: „Die Parteien werden sich gemeinsam beraten, wann immer -- nach Ansicht einer von ihnen -- die territoriale Integrität, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht ist.“ Was soll das für Russland bedeuten?

Es soll vor allem für Polen bedeuten, was es für andere Länder bedeutete, die ihn in der Vergangenheit aktiviert haben. Zum Beispiel für die Türkei, die dies mehrfach getan hat. Es ist wie ein Aufruf zur Solidarität des Westens mit einem Land, das sich bedroht fühlt. Die Türkei wurde durch die Entsendung von Patriot-

Raketenbatterien gestärkt. Für uns wären Patriot-Batterien und das, was Ursula von der Leyen die ‚Anti-Drohnen-Mauer‘ nannte, sehr nützlich.

Eine Mauer haben wir nicht, aber heute haben wir wohl die meisten Drohnen abgeschossen.

Ja, aber bitte bedenken Sie, dass das, was über Polen aufgetaucht ist, nur ein Bruchteil dessen ist, was die Ukraine alle zwei Tage bedroht. Deshalb rufe ich zu besonderer Solidarität auf. Bei uns ist, Gott sei Dank, noch niemand ums Leben gekommen. Die Ukraine wird massiven Luftangriffen ausgesetzt, und leider durchdringen einige Drohnen und Raketen die Verteidigung und töten unschuldige Menschen.

War die Reaktion der internationalen Kräfte auf die Verletzung unseres Luftraums durch russische Drohnen vorbildlich?

Ja. Wir erleben einen Tsunami an Unterstützung seitens der Verbündeten. Jeder auf seiner Ebene, Präsident, Premierminister. Ich habe mehrere Dutzend Anrufe erhalten, aber wir tauschen auch Informationen auf mehreren geheimen Foren aus. Im Kreis von Weimar Plus, im Kreis des Rates der Ostseeanrainerstaaten, im Kreis der OSZE-Präsidentschaft. Es gilt allgemeine Solidarität mit Polen, die sich allerdings auch in Taten ausdrücken sollte.

Wie wird die Anwendung von Artikel 4 in der Praxis aussehen?

Heute hat der Atlantische Rat auf Botschafterebene getagt. Dass wir diesen Antrag gestellt haben, kann bedeuten, dass die Diskussionsebene auf Minister und höher gehoben wird. Und wie Sie bereits wissen, beraten auch die Führer der Schlüsselstaaten die Situation mit Premierminister Tusk.

Werden die Konsultationen regelmäßig in einem besonderen Modus stattfinden?

Darüber wird Mark Rutte, der NATO-Generalsekretär, entscheiden, mit dem der Premierminister bereits gesprochen hat.

Entscheidend ist die Entscheidung des Weißen Hauses, genauer gesagt von Präsident Trump.

Deshalb hoffen wir, dass die Worte von Präsident Trump, die er letzte Woche in Washington gegenüber Präsident Nawrocki geäußert hat, in Taten umgesetzt werden, und -- soweit ich verstehe -- sollen die Präsidenten noch heute miteinander sprechen.

In Taten umgesetzt bedeutet, dass nicht nur Polen mit amerikanischen Fähigkeiten gestärkt wird, sondern dass Präsident Trump auch feststellt, dass Putin in seiner Antwort auf dessen Friedensangebote nicht ehrlich ist, und dass er schließlich versucht, dessen Kalkulationen zu ändern, indem er strengere Sanktionen verhängt und der Ukraine größere Hilfe gewährt.

Schon viele Male hätte Trump erkennen können, dass Putin nicht ehrlich ist.

Und seit heute hat er einen greifbaren, gigantischen Beweis dafür.

Haben Sie bereits inoffizielle Informationen darüber, wie das Weiße Haus reagieren könnte?

Ich habe die Information an Marco Rubio, den Außenminister, weitergegeben, der zugleich Sicherheitsberater der Vereinigten Staaten ist.

Was hat man Ihnen mitgeteilt?

Das passiert bisher alles noch sehr spontan. Ich hoffe, dass das Gespräch zwischen Präsident Trump und Nawrocki effektiv sein wird und dass der Präsident Polens greifbare Ergebnisse erzielt.

Die Drohnen haben unseren Luftraum zum ersten Mal am Dienstag um 22:30 Uhr verletzt. Wann haben Sie davon erfahren?

Und die ganze Aktion dauerte bis 6:30 Uhr am Mittwochmorgen. Es ist also schwer zu glauben, dass es ein Fehler war.

Wann haben Sie davon erfahren?

Das ist bereits mein Geheimnis.

Mit wem haben Sie zuerst Kontakt aufgenommen?

An der Spitze der Entscheidungsfindung steht der Verteidigungsminister. Ich war Verteidigungsminister, daher habe ich noch aus jener Zeit die Gewohnheit, dass das Telefon immer eingeschaltet ist. Bitte bedenken Sie, dass sowohl der Präsident als auch der Premierminister und ich eigene Schutzooffiziere haben, die im Notfall fast sofort Zugang zu uns haben.

War es Ihr Schutzooffizier, der Sie über den Drohnenangriff informiert hat?

Über solche Details werde ich nicht sprechen.

Tusk sagte heute im Sejm, dass dies eine ,außergewöhnlich neue Situation' sei. Könnte das der Vorbote eines Krieges sein?

Keine Panik, bleiben wir ruhig. Allerdings haben wir dennoch keine normale Friedenszeit mehr. Wir befinden uns in einer Krisenzeit, in der einer unserer Nachbarn, der größere, den anderen angegriffen hat. Das bedeutet, dass der Staat und die internationale Gemeinschaft nicht mehr im Modus normaler Friedenszeiten agieren können.

Der Premierminister hatte es bereits früher so eingeschätzt, dass dies Vorkriegszeiten seien.

Und leider hat sich das bestätigt.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,32242840,radoslaw-sikorski-dla-wyborczej-nie-panikujmy-zachowajmy.html#s=S.index-K.C-B.1-L.6.duzy>

Wir verschwenden Zeit. Wir können uns gegen 20 Drohnen verteidigen, aber gegen 400 geht das nicht mehr



Quelle: oko.press

Von **Piotr Lewandowski**,

Oberst der Reserve, Absolvent der Höheren Offiziersschule der Abteilung des polnischen Heeres für Raketenartillerie.

Hat das Luftverteidigungssystem des Landes (OPK) funktioniert?

Die Antwort lautet: ja. Das Operative Kommando der Streitkräfte bewertete die Bedrohung durch den massiven Luftangriff auf die Ukraine korrekt und setzte in der Nacht vom 9. auf den 10. Oktober gegen 22:00 Uhr die Luftverteidigungssysteme in erhöhten Gefechtsbereitschaftszustand. Die NATO-Frühwarnsysteme (AWACS) entdeckten Drohnen, die sich in einer relativ frühen Phase ihres Fluges in Richtung Polen bewegten. Dadurch konnten die Bereitschaftsflugzeuge des NATO-Luftverteidigungssystems auf die Bedrohungsrichtungen ausgerichtet werden, um anschließend die Drohnen, die eine Gefahr darstellten, abzuschießen. Die sogenannte Entscheidungs- oder „Command Loop“ funktionierte korrekt und lässt sich vereinfacht wie folgt beschreiben:

Beobachtung: Sammeln und Analysieren der verfügbaren Daten.

Interpretation: Bewertung der Bedrohung und Festlegung der Neutralisierungsmethode, in diesem Fall das Abschießen.

Entscheidung: Auswahl der Waffensysteme, hier die F-16- und F-35-Kampffjets sowie Hubschrauber.

Umsetzung: Erteilung des Feuerbefehls durch das Operative Kommando gemäß der geltenden Kompetenzverteilung in den polnischen Streitkräften.

Offen bleibt, wie viele Drohnen tatsächlich abgeschossen wurden. Bekannt sind vier. Es ist jedoch unklar, ob diese Zahl das tatsächliche Ausmaß der Bedrohung widerspiegelt oder durch die begrenzten Einsatzmittel des Operativen Kommandos bestimmt wurde.

War der Einsatz von Kampfflugzeugen mit Luft-Luft-Raketen gerechtfertigt?

Der Einsatz der fortschrittlichsten Luftkampfmittel, also Mehrzweckkampfflugzeuge bewaffnet mit Sidewinder- (AIM-9) und AMRAAM-Raketen (AIM-120), um Drohnen aus Polymer und Styropor abzuschießen, ist tatsächlich hochgradig unwirtschaftlich.

F-16 und F-35 in der hier eingesetzten Bewaffnungskonfiguration sind eigentlich dafür vorgesehen, feindliche Flugzeuge oder lenkbare Raketen zu bekämpfen. In diesem konkreten Fall ging es jedoch um hohe Effektivität und die Möglichkeit, den Abschusszeitpunkt der russischen Drohnen genau zu wählen, um das Risiko von Bodenschäden durch herabfallende Trümmer zu minimieren.

Leider verfügt Polen weiterhin nicht über alternative Mittel zur Bekämpfung russischer Langstreckendrohnen mit garantiert hoher Effektivität. Das Nahbereichs-Luftabwehrsystem Pilica Plus, das unter anderem für die Drohnenabwehr vorgesehen ist, befindet sich noch in der Entwicklung. Auch ein umfassendes System für elektronische Kampfführung (EW), mit dem Drohnen effektiv gestört werden könnten, fehlt den polnischen Streitkräften trotz vier Jahren Konflikt an der Ostgrenze weiterhin.

Fazit: War die Entscheidung, Flugzeuge mit Raketen einzusetzen, deren Kosten zig- bis hundertfach über denen der abgeschossenen Drohnen liegen, richtig? In diesem speziellen Fall -- ja. Als Lösung für einen vollumfänglichen Konflikt jedoch nicht. Möglicherweise werden die offen feindlichen Aktionen der Russischen Föderation die Entscheidungsträger dazu bewegen, die Einführung fortschrittlicher Anti-Drohnen-Systeme in der polnischen Armee zu beschleunigen.

Haben die russischen Drohnen absichtlich den polnischen Luftraum verletzt?

Bei früheren Vorfällen mit einzelnen Drohnen oder Raketen konnte man noch Zweifel haben, ob das Handeln der Russischen Föderation absichtlich war oder auf Fehlfunktionen der russischen Ausrüstung, Fehler in der Befehlskette oder die Wirkung ukrainischer elektronischer Kampfsysteme (EW) zurückzuführen war. Wenn jedoch mehrere Dutzend Drohnen über Polen einfliegen, kann von einem Zufall keine Rede mehr sein.

Darüber hinaus deuten die derzeit verfügbaren Informationen darauf hin, dass die meisten -- wenn nicht alle -- der in jener Nacht von Russland eingesetzten Drohnen sogenannte Lockvögel (Gerbera-Typ) waren. Ihre Aufgabe ist nicht, ukrainische Luftabwehrsysteme zu umgehen, sondern diese zu überlasten. Die Drohnen, die in den polnischen Luftraum gelangten, befanden sich außerhalb der Reichweite ukrainischer Luftabwehrsysteme und konnten diese somit nicht sättigen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. September flogen etwa 450 Drohnen über die Ukraine; diejenigen, die in Polen abstürzten oder abgeschossen wurden, waren gezielt dorthin gelenkt worden. Dies wirft die nächste Frage auf...

Was war das Ziel der Russen?

Das Fehlen von Explosionen an den Absturzstellen der Drohnen oder ihrer Trümmer deutet darauf hin, dass die Russen keinen nennenswerten Schaden verursachen wollten. Dies entspricht der Doktrin einer schrittweisen Eskalation hybrider Maßnahmen unterhalb der Kriegsschwelle. Man kann annehmen, dass die Russen folgende Ziele verfolgten:

Test der Fähigkeiten des polnischen Luftverteidigungssystems (OPK) sowie der NATO-Partner, Überprüfung der Reaktionen der NATO-Staaten, Auslösen von Panik in Polen, Unterstützung antiukrainischer Stimmungen durch Verbreitung falscher Informationen. Sicherlich beobachtet und analysiert der Kreml die Lage sowohl im militärischen als auch im politischen Bereich sehr genau.

Wie sollte Polen und die NATO militärisch reagieren?

Entscheidend ist, dass die russische Provokation nicht ohne kinetische Antwort -- also tatsächliche militärische Maßnahmen -- bleiben darf. Die Minimalreaktion sollte die Stationierung von NATO-Flugzeugen und Luftabwehrsystemen in Polen und Litauen sein, die in der Lage sind, russische Drohnen abzufangen. Solche Schritte sind als hochwahrscheinlich einzuschätzen, da bereits mehrere Staaten Polen militärische Unterstützung angeboten haben.

Allerdings könnte dies nicht ausreichen, wenn das Überfliegen Polens durch Drohnen nicht eine einmalige Provokation des Kremls war, sondern der Beginn einer Eskalation, die zukünftige feindliche Handlungen gegen die NATO-Staaten der östlichen Flanke rechtfertigen soll.

Eine passendere Maßnahme wäre die Einrichtung einer koordinierten Schutzzone auf ukrainischer Seite der Grenze, in der russische Luftangriffsmittel durch NATO-Waffensysteme und elektronische Kampfführung neutralisiert würden. Ein solches Szenario ist jedoch auf dem derzeitigen Stand des Konflikts eher unwahrscheinlich umzusetzen.

Schlussfolgerungen

Mehrfache Verletzungen des polnischen Luftraums durch russische Drohnen werden vom Bündnis nicht als Angriff auf ein Mitgliedsland gewertet -- so erste inoffizielle Informationen. Entscheidend für das weitere Vorgehen wird die Reaktion der USA sein. Die Entscheidung, die Drohnen abzuschießen, stieß auf volle Unterstützung sowohl der Europäischen Union als auch der NATO-Führung. Dennoch garantieren stehende Ovationen keine wirksamen Bündnismaßnahmen, die zukünftige Angriffe verhindern könnten.

Die Fähigkeiten der polnischen Streitkräfte zur Bekämpfung russischer Drohnen sollten fachlich und objektiv bewertet werden, isoliert von politischen Narrativen. Das Operative Kommando der polnischen Streitkräfte, die Piloten der polnischen F-16, der niederländischen F-35, die Besatzung des italienischen AWACS-Frühwarnflugzeugs sowie viele andere Soldaten zeigten Professionalität und Effektivität. Diese Effektivität war jedoch nur im Rahmen der verfügbaren Reaktionsmöglichkeiten gegeben.

Die polnische Gesellschaft wird eine schnelle Stärkung der polnischen Fähigkeiten zur Bekämpfung russischer Drohnen durch NATO-Kräfte erwarten und mittelfristig den Aufbau eigener Kapazitäten. Wichtig ist, dass diese Perspektive nicht zu weit in der Zukunft liegt. Zwar erfordern Anschaffung und Implementierung fortschrittlicher Militärtechnologien Zeit, doch scheint bereits ein erheblicher Teil dieser Zeit verschwendet worden zu sein.

Zsfg.: AV

<https://oko.press/marnujemy-czas-mozemy-sie-obronic-przed-20-dronami-ale-przed-400-juz-nie-analiza>

Abschied von der Plattform.

Warum haben die Parteien der Bürgerkoalition [KO] beschlossen, sich zusammenzuschließen?



Quelle: wyborcza.pl

Von **Tomasz Nyczka**

Ein solches politisches Gebilde in dieser Form aufrechtzuerhalten, ist sinnlos, denn es bringt uns nichts mehr, sagen die Politiker der Bürgerkoalition. Es wird erwartet, dass die Parteien im Herbst fusionieren werden.

Die Bürgerkoalition wurde vor den Kommunalwahlen 2018 als Koalition aus Bürgerplattform und Nowoczesna gegründet, die später durch Inicjatywa Polska und die Grünen ergänzt wurde.

In dieser Form nahm sie an allen folgenden Wahlen teil, auch an den Parlamentswahlen 2023, nach denen sie die Macht übernahm.

Eine große Zusammenführung der Parteien

In diesem Herbst sollen jedoch Nowoczesna und Inicjatywa Polska mit der Bürgerplattform fusionieren. Der Vorsitzende von Nowoczesna, Adam Szłapka, und die Chefin von Inicjatywa Polska, Barbara Nowacka -- Regierungssprecherin bzw. Ministerin für nationale Bildung -- würden dann stellvertretende Parteivorsitzende werden.

Es wird erwartet, dass die Vereinigung der drei Parteien um den 15. Oktober herum formell stattfinden wird. Dies ist ein wichtiges Datum für die KO, die bei den Wahlen am 15. Oktober 2023 ein Ergebnis erzielt hat, das es ihr ermöglicht, eine Koalition zu bilden, die auch ihren Namen von diesem Datum hat. Auch das Schild der Bürgerplattform soll verschwinden, sodass ein völlig neuer Parteiname erscheinen muss. Diese Details der Fusion wurden diese Woche von TVN24 berichtet.

„Ja, es wird passieren und wir bereiten uns darauf vor. Ja, das wird im Herbst der Fall sein. Es muss von den satzungsgemäßen Gremien all dieser Parteien beschlossen werden, denn kein Vorstand einer Partei

kann beschließen, sie abzuschaffen oder mit einer anderen Partei zu erweitern", sagt der KO-Politiker. Diese „statutarischen Organe“ sind der Konvent oder der Parteitag. Die Parteien müssen Beschlüsse fassen, dann wird die Vereinigung formell vollzogen und eine neue politische Einheit geschaffen. Es müsste auch darüber abgestimmt werden, Barbara Nowacka und Adam Szałapka zu Vizepräsidenten der Partei zu machen.

Die Koalition und die Bürgerplattform würden vor einem Rebranding stehen, da es sich nicht mehr um eine Koalition oder eine Plattform, sondern um eine völlig neue Partei handeln würde. Aber hier gibt es -- wie wir von KO hören -- noch keine Entscheidung.

„Das ist eine Frage des Marketings. Meiner Meinung nach wird das Adjektiv ‚bürgerlich‘ sein, die Frage ist, welches Substantiv. Ich hänge an dem Namen ‚Bürgerplattform‘, aber ich verstehe, dass es andere Zeiten gibt“, sagt der Abgeordnete der Plattform.

Es stellt sich auch die Frage, was mit den Grünen ist, aber in der PO heißt es, diese Partei habe „eine eigene, andere Identität“. Sie hat auch keine prominenten Politiker wie Barbara Nowacka und Adam Szałapka.

Ein künstliches Gebilde, das nichts beiträgt

„Wir schaffen de facto ein einziges politisches Projekt. Rein organisatorisch: Es wird auch leichter für uns zu funktionieren. Jetzt ist es so, dass, wenn etwas in der Koalition vereinbart werden muss, Probleme auftauchen, und das müssten sie nicht, denn schließlich wird die Bürgerkoalition sowieso als ein Gremium behandelt“, sagt ein Interviewpartner aus der Koalition.

Ein anderer fügt hinzu, dass die Beibehaltung der bürgerlichen Koalition sinnvoll war, als Nowoczesna und Inicjatywa Polska „etwas“ an Unterstützung beigetragen haben, aber im Moment ist es ohnehin eine Partei, wie es zum Beispiel in den Umfragen aussieht.

Die Politiker sagen auch, dass die Einigung der Partei eine Botschaft an die Wähler vor den Parlamentswahlen 2027 sein soll. Um zu zeigen: Wir sind eins, wir sind geschlossen und bereit für die Wahlen.

„Es gab eine Zeit der Bewährung, die Bürgerkoalition hat eine Feuertaufe durchgemacht, es ist gut gelaufen, wir haben uns zusammengerauft. Aber jetzt macht es keinen Sinn mehr, die Bürgerkoalition wird sowieso mit der Plattform identifiziert. Warum sollten wir verschiedene Einheiten beibehalten, wenn wir doch eine sind, wenn wir eine ähnliche Philosophie haben, was die Wahrnehmung des Staates und die Ausübung der Macht angeht? Deshalb schließen wir uns zusammen und zeigen: Wir sitzen auf der gleichen Bank“, so der KO-Politiker abschließend.

Jede Partei hat ihren eigenen Chef

Über den Zusammenschluss von Nowoczesna und Inicjatywa Polska mit Plattform wird schon seit langem gesprochen, sicherlich seit der Bildung der Koalition am 15. Oktober. Doch erst jetzt hat dieses Thema an Fahrt aufgenommen.

„Für Adam Szałapka und Barbara Nowacka war jedoch die Tatsache wichtig, dass sie Parteivorsitzende sind. Als Vorsitzende konnten sie verschiedene Dinge für sich aushandeln. Zum Beispiel haben sie vor den letzten Parlamentswahlen gute Listenplätze ausgehandelt“, sagt die Politikerin der Bürgerkoalition.

Damals eröffnete Adam Szałapka die KO-Liste in Poznań und Barbara Nowacka war die einzige im Bezirk Gdynia. Szałapka machte einen guten Wahlkampf und erhielt 149 000 Stimmen. Das war das drittbeste Ergebnis im Land, nach Donald Tusk und Jarosław Kaczyński. Nowacka erhielt 139 000 Stimmen und erzielte damit das beste Ergebnis in ihrem Bezirk.

Und diese Ergebnisse und die Funktionen der Parteivorsitzenden schlugen sich nach den Wahlen in Ministerämtern nieder. Adam Szałapka wurde zunächst Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union, dann Regierungssprecher. Das Gleiche galt für Inicjatywa Polska und Barbara Nowacka, die in der Regierung von Donald Tusk den wichtigen Posten der Ministerin für nationale Bildung übernahm.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,32226366,pozegnanie-z-platforma-dlaczego-partie-tworzace-ko-zdecydowaly.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

Die Polen wollen den Ukrainern das 800 Plus wegnehmen. Aber nicht, weil sie xenophob sind



Quelle: krytykapolityczna.pl

Von **Bartosz Oszczepalski**

Die breite Unterstützung für die Abschaffung des Kindergeldes 800 Plus für nicht arbeitende Ukrainer und Ukrainerinnen beruht nicht auf fremdenfeindlichen Vorurteilen. Ein großer Teil der Polen hat sich an die Ukrainer gewöhnt und behandelt sie wie Landsleute. Und das 800 Plus wollen wir auch unseren eigenen Nichtarbeitenden wegnehmen.

Vor Kurzem erschien eine Umfrage, die SW Research für das Wochenmagazin „Wprost“ durchgeführt hat. Daraus geht hervor, dass ganze 54 Prozent der Polen den Vorschlag von Vizepremier Władysław Kosiniak-Kamysz unterstützen, das 800 Plus arbeitslosen Polen zu entziehen. Lediglich 26 Prozent sind dagegen. Dieselbe Meinungsforschungsfirma führte im Oktober 2024 eine ähnliche Befragung für die „Rzeczpospolita“ durch. Damals sprachen sich 53,7 Prozent der Befragten für die Abschaffung oder Kürzung von 800 Plus aus, während 40,6 Prozent der Befragten das Programm beibehalten oder die Leistung sogar erhöhen wollten. Die Schlussfolgerung ist einfach: Die Mehrheit der Polen möchte, dass das Programm 800 Plus beschnitten wird.

Belohnung für die „Fleißigen“, Strafe für die „Faulenzer“

Also, dir ist ein Missgeschick passiert und du hast deine Arbeit verloren, was im Zeitalter massenhafter Entlassungen im „lächelnden Polen“ keine Seltenheit ist? Oder vielleicht hast du aus gesundheitlichen Gründen vorübergehend deine Arbeitsfähigkeit eingebüßt? Dafür bestrafen wir dich, indem wir dir den

Zuschuss entziehen. Ganz anders sieht es aus, wenn du ein cleverer „Unternehmer“ bist, der Gelder aus dem Wiederaufbaufonds KPO erschleicht oder alles „auf Rechnung“ laufen lässt. Dafür belohnt dich die Gesellschaft mit Zuschüssen und Sozialleistungen. Für uns Polen sind Sozialleistungen nicht ein Werkzeug zur Chancengleichheit, sondern zur Vergrößerung der Ungleichheit.

Die Sozialleistung soll eine Belohnung für „Fleiß“ sein, und ihr Fehlen, eine Strafe für „Faulheit“. Selbst wenn der „Fleißige“ in Wahrheit ein ausbeuterischer Schlaumeier ist und der „Faule“ einfach Pech hatte oder in einer Gegend lebt, in der Arbeit kaum zu finden ist, und der fehlende Zugang zu Unterstützung seine Lage nur noch verschlimmern wird. Vielleicht ist das genau der Grund, warum der KPO-Skandal die Unterstützung für die Bürgerkoalition nicht geschmälert hat?

Unmittelbar nach dem Aufliegen sprach ich mit einigen Personen liberaler Gesinnung. Meine Gesprächspartner argumentierten, dass Kleinstunternehmern Hilfe eher zustehe als den „faulen Kinderproduzenten“, denn in diesem Fall sei es keine Hilfe, sondern „schädliche Geldverschwendung“. Dabei ist die Angst, der „Faulenzer“ werde das Geld für jahrelange Gelage verprassen, völlig absurd und irrational. In Polen kann man ohne Arbeit schlicht nicht würdig leben, ganz gleich welcher Nationalität.

Die Anhänger der jetzigen Regierung sind noch darwinistischer

Sicherlich ist die „Fremdheit“ ein zusätzliches Argument für die Abschaffung der Leistung, darauf deuten die Ergebnisse einer IBRIS-Umfrage vom Januar dieses Jahres hin, wonach sogar ganze 88 Prozent der Polen eine Einschränkung dieses Benefits für Einwanderer aus der Ukraine fordern. Doch die Nationalität der Belohnten oder Bestraften ist nicht entscheidend. Die klassenbedingte Abneigung gegen die Armen ist deutlich stärker als der Nationalismus.

Diese Leidenschaft vereint die Wählerschaften verschiedener Parteien. Aus der IBRIS-Umfrage geht zudem hervor, dass jeder dritte Anhänger der jetzigen Regierung für die Abschaffung von 800 Plus für arbeitslose Polen ist. In geringerem Maße betrifft das die rechte Wählerschaft, laut einer IBRIS-Umfrage für Radio Zet wollen lediglich 14 Prozent der PiS- und Konfederacja-Wähler den arbeitslosen Polen die Leistung entziehen. Gerade die PiS-Wählerschaft kann man, nach polnischen Maßstäben, als sozial orientiert bezeichnen, darauf deuten auch andere Studien hin, etwa zum Verhältnis zum Staat oder zu progressiven Steuern. Das könnte sich jedoch ändern, wenn man die enthusiastischen Reaktionen auf das präsidentiale Veto betrachtet.

Die Forderung nach der Abschaffung von 800 Plus für Ukrainer hat PiS von Rafał Trzaskowski übernommen. Dieser wiederum ließ sich von der Konfederacja inspirieren, die in jüngster Zeit den Ton in der öffentlichen Debatte über Sozialpolitik und die Rolle des Staates angibt. Jarosław Kaczyński und Mateusz Morawiecki kontern Sławomir Mentzen immer offensiver, doch auch PiS muss die gesellschaftlichen Stimmungen berücksichtigen. Deshalb sind die Handlungen von Präsident Karol Nawrocki häufig den Positionen der Konfederacja nahe.

Sägen wir uns den Ast ab, auf dem wir sitzen, wenn wir den Ukrainern das 800 Plus wegnehmen?

Es bedarf keiner besonderen Weitsicht, um zu verstehen, dass Arbeitende in einer besseren wirtschaftlichen Lage sind als Arbeitslose und über größere Ersparnisse verfügen. Die Idee, die Leistungsempfänger nach der Füllung ihres Geldbeutels zu unterscheiden, ist daher äußerst schädlich, auch wenn sie vorerst nur Ukrainer betreffen sollte. Den Zuschuss könnte eine arbeitslose Ukrainerin oder eine ukrainische Mutter verlieren, deren Mann an der Front kämpft, während ihn weiterhin derjenige erhält, der nach seiner Ankunft in Polen ein Unternehmen gegründet hat, eine Familie aufgebaut hat und gut dasteht. Kürzlich hat in Kielce eine Firma Migrantinnen nicht für ihre Arbeit bezahlt, die Frauen standen ohne Arbeit und ohne Geld da. Nach dem neuen Gesetz hätten sie auch das 800 Plus verloren.

Die Streichung von 800 Plus für arbeitslose Ukrainerinnen öffnet die Tür für eine Ausweitung dieser Einschränkung auch auf Polen, insbesondere dann, wenn Polen künftig von der Bürgerkoalition in Koalition mit der Konfederacja regiert werden würde. Nach dem präsidentialen Veto erklärte Premierminister Donald Tusk, dass diese Einschränkung alle Ausländer betreffen solle. All das ist äußerst destruktiv für die polnische Sozialpolitik.

Eine solche Haltung festigt ein schädliches Stereotyp, demzufolge man sich die Sozialleistung erst dann „verdient“, wenn man sich bis zum Umfallen abrackert und niemals eine Phase der Arbeitslosigkeit erlebt. Sie trägt zudem zu dem falschen Glauben bei, dass die Leistung nicht dem Kind zusteht, sondern dem Elternteil, der sie womöglich missbraucht. Dabei vergessen wir, dass wir auf diese Weise in erster Linie die

Kinder benachteiligen. Gleichzeitig könnte sich auch die Lage der polnischen Arbeitnehmer verschlechtern, denn Ukrainer, die nach dem Verlust der Leistung noch verzweifelter sind, wären eher bereit, schlechtere Lohnbedingungen zu akzeptieren.

Unter diesen Umständen wäre sogar die vollständige Streichung der Leistung für Ausländer weniger schädlich. Man könnte argumentieren, dass das Programm in erster Linie den Polen dienen sollte und lange vor dem Krieg entworfen wurde, als die Migration aus der Ukraine noch nicht so zahlreich war und deshalb angepasst werden müsse. Das wäre vielleicht nicht gerecht, würde aber wenigstens nicht das schreckliche Stigma der Armut verfestigen, das den sozialpolitischen Diskurs in Richtung Mentzen verschiebt.

Brauchen wir wirklich einen Konflikt zwischen Polen und Ukrainern?

Die Streichung von 800 Plus für nicht arbeitende Ukrainer könnte zusätzliche Nebenwirkungen haben, schon allein deshalb, weil sie sich in den atomisierenden Geist des Neoliberalismus einfügt. Der polnische Staat wird weiterhin eine neoliberale Migrationspolitik betreiben, diejenigen, die arbeiten, verlieren die Leistung nicht, denn sie werden als billige Arbeitskräfte gebraucht. Gleichzeitig aber wird man ihnen Schritt für Schritt ihre Rechte beschneiden.

Das könnte sich zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung der „Braunen“ (Anhänger des antisemitischen Rechtsradikalen Braun) entwickeln, wonach die Ablehnung zwischen Polen und Ukrainern zunimmt. Hier könnte das Sprichwort gelten: „Wer gibt und wieder nimmt, der in der Hölle ertrinkt.“ Etwas anderes ist es, den Ukrainern die Leistung von vornherein nicht zu geben, etwas anderes, sie zu geben und dann wieder wegzunehmen. Gleiches gilt für den Zugang zum Gesundheitssystem. Vielleicht setzen manche genau darauf, dass es schließlich zu brutalen Konflikten auf nationaler Basis kommt?

Aus Wut über Selenskyj die Schwächsten treffen?

Gleichzeitig ist nicht schwer zu erkennen, dass sich die polnisch-ukrainischen Beziehungen seit 2022 grundlegend verändert haben. Schuld daran trägt auch die Ukraine, Präsident Wolodymyr Selenskyj tat während der Getreidekrise viel, damit die Polen das Gefühl hatten, für ihre Unterstützung keine angemessene Dankbarkeit zu erhalten. Man muss kein „Fußabtreter“ sein, um zu sehen, dass Polen vom ukrainischen Präsidenten nicht fair behandelt wurde.

Diese Veränderung hat zu einer Verschlechterung der Haltung der Polen gegenüber Ukrainern geführt und die Erwartung einer souveräneren Politik gegenüber der Ukraine ausgelöst. Politiker müssen diese Emotionen berücksichtigen, und Empathie sollte nicht der einzige Wegweiser in der Außenpolitik sein. Sie sollten jedoch andere Mittel finden als die Streichung von Unterstützung für die Ärmsten oder die Differenzierung von Leistungsempfängern. Wie soll dies die Ukraine dazu bringen, in vielen für uns wichtigen Fragen nachzugeben? Auch gegen Missbrauch durch Personen, die Leistungen beziehen, aber nicht in Polen leben, kann man klüger vorgehen, als einfach alle nicht arbeitenden Leistungsempfänger in einen Topf zu werfen.

Zsfg.: AV

<https://krytykapolityczna.pl/kraj/800-plus-ukraincy-klasizm-nacjonalizm/>

Der Brief der Bischöfe über Religionsunterricht in der Schule: Heuchelei und intellektuelle Manipulation



Quelle: wyborcza.pl

Von **Artur Nowak**

Anlässlich der 15. Woche der Bildung hat das polnische Episkopat ein Schreiben veröffentlicht, in dem die Bischöfe erneut die Reduzierung des Religionsunterrichts in den Schulen beklagen. Aus dem Dokument spricht die Angst vor einem Verlust der Stellung der Kirche im Bildungssystem und vor einer Marginalisierung der Religion im Leben der jungen Menschen.

Die Würdenträger berufen sich heute auf die Verfassung, wenn sie über das Recht auf Religion in der Schule schreiben, aber sie haben früher geschwiegen, als die Regierung, mit der sie verbunden waren, diese Verfassung systematisch verletzte. Die PiS war jahrelang der Garant für die finanziellen und institutionellen Privilegien der Kirche. Damals hatten die Bischöfe kein Problem damit, als die Rechtsstaatlichkeit verletzt wurde -- heute protestieren sie dagegen, dass junge Menschen nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen. Schuld daran ist nicht die „antireligiöse Propaganda“, sondern das Versagen der Kirche selbst, die es nicht geschafft hat, ein attraktives, glaubwürdiges Bildungs- und Erziehungsangebot zu schaffen. Statt Dialog -- Monolog. Anstelle von Begleitung -- Verbote. Statt Wahrheit -- institutionelles Schweigen im Angesicht des Bösen.

Auffallend sind die Passagen des Schreibens, in denen die Bischöfe auf dramatische Phänomene bei Kindern und Jugendlichen hinweisen: zunehmende emotionale und psychische Probleme, eine Zunahme von Aggressionen unter Gleichaltrigen oder Abhängigkeiten -- auch vom Internet und den sozialen Medien. Sie argumentieren, dass wir gerade jetzt mehr denn je eine konzertierte erzieherische Aktion brauchen und dass der religiöse Bereich, der angeblich ein großes Potenzial für die Bildung des Herzens und des Gewissens eines jungen Menschen hat, nicht ausgeschlossen werden darf. Ihrer Ansicht nach hat der Religionsunterricht in der Schule eine erzieherische, therapeutische und präventive Dimension.

Das klingt beeindruckend, ist aber in Wirklichkeit ein Ausdruck von Heuchelei und intellektueller Manipulation. Die Kirche, die sich nicht wirklich am Kampf gegen die Krise der psychischen Gesundheit, gegen Gewalt unter Gleichaltrigen oder gegen die Geißel der Sucht beteiligt hat, führt diese Probleme heute als Argument zur Verteidigung ihrer Privilegien an. Würde die Hierarchie so oft gegen Gewalt und Drogen protestieren wie gegen Abtreibung, Gender und die angeblichen Gefahren der Zivilisation, würden wir in einem Land leben, in dem sich Kinder und Jugendliche sicherer fühlen und bessere Perspektiven haben. In der Zwischenzeit war das einzige „Bildungsangebot“ jahrelang eine erdrückende Katechese, bei der es mehr um Gehorsam und ideologische Loyalität ging als um eine wirkliche Unterstützung für den jungen Menschen.

Die Kirche in Polen hat auf dem Gebiet der Bildung verloren. Junge Menschen lehnen die Religion ab, weil sie in ihr weder Authentizität noch Antworten auf ihre Fragen finden. Das Phänomen, dass junge Menschen extreme Gruppierungen wie die Konfederacja unterstützen, ist nicht allein die Schuld der Politik -- es ist auch das Ergebnis pastoraler und pädagogischer Vernachlässigung. Stammespädagogik und Denken in Kategorien des auserwählten Volkes statt Offenheit und Dialog -- das ist das Markenzeichen einer Institution, die die moderne Welt nicht versteht. Das Episkopat scheint in einer Welt der Palastprivilegien zu leben, die vom Alltagsleben der Gläubigen getrennt ist.

Die größte Sünde der Unterlassung ist jedoch die systematische Vertuschung der Pädophilie in der Kirche. Eine Institution, die Täter jahrelang versteckt, sie nicht der Justiz überantwortet und keine echte Gewissensprüfung vorgenommen hat, hat keinen moralischen Auftrag, die Gesellschaft über Erziehung zu belehren. Für die jungen Menschen ist das offensichtlich -- deshalb treten sie aus.

In dem Schreiben fehlen Überlegungen zu den Bedürfnissen junger Menschen, zu ihren wirklichen Problemen: psychische Krise, fehlende Perspektiven, Ungewissheit über die Zukunft. Es gibt keine Empathie für diejenigen, die einen Platz in der Welt suchen. Stattdessen gibt es weitere Erklärungen über die „Rechte der Religion“, die eher nach einer Verteidigung institutioneller Positionen als nach einer Sorge um das menschliche Wohlergehen klingen. Hier ist eher der Versuch zu erkennen, die Dramen der Jugend zu instrumentalisieren, um Einfluss zu behalten, als der aufrichtige Wunsch, zu helfen.

Solche Dokumente vertiefen nur die Krise der Kirche. Anstatt anzuziehen -- schrecken sie ab. Anstatt aufzubauen -- kompromittieren sie. Eine Kirche, die sich in der Rhetorik eines Bunkers aus der Zeit vor dem Vatikanum verschanzt, verliert den Bezug zur Realität. Für zögernde junge Menschen sind solche Briefe der ultimative Beweis, dass die Institution ihnen nichts zu bieten hat. Solange die Bischöfe nicht die Demut, die Gewissensprüfung und den Mut zu echten Reformen haben, werden ihre Worte nur ein Zeugnis institutioneller Blindheit und ein Beweis dafür sein, dass die Kirche die Welt, in der sie agieren muss, nicht versteht.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,32234421,list-biskupow-w-sprawie-religii-w-szkole-hipokryzja-i-intelektualna.html#s=S.index-K.C-B.1-L.2.duzy>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: gov.pl

“Dies ist nicht unser Krieg, dies ist nicht nur ein Krieg der Ukrainer.
Dies ist ein Krieg (...), den Russland der gesamten freien Welt erklärt hat.”

Donald Tusk

Quelle: <https://www.gov.pl/web/premier/naruszenie-polskiej-przestrzeni-powietrznej-jest-wniosek-o-uruchomienie-art-4-traktatu-polnocnoatlantyckiego>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

spiegel.de

Polens Präsident Nawrocki will bei Deutschlandbesuch Reparationen fordern

<https://www.spiegel.de/politik/polen-praesident-karol-nawrocki-will-bei-besuch-in-deutschland-reparationen-fordern-a-789800d1-40ad-4aeb-80ea-41b551f91bc3>

deutschlandfunk.de

Kommentar zur Ukraine-Skepsis in Polen: Kollektiver Empathieverlust

<https://www.deutschlandfunk.de/kommentar-zur-ukraine-skepsis-in-polen-kollektiver-empathieverlust-100.html>

taz.de

Prozess gegen Flüchtlingshelfer - Hilfe als Straftat?

<https://taz.de/Prozess-gegen-Fluechtlingshelfer/!6109041/>

hpd.de

Polen: Streit um den Religionsunterricht eskaliert

https://hpd.de/artikel/polen-streit-um-den-religionsunterricht-eskaliert-23386?fbclid=IwY2xjawMtBEBleHRuA2FlbQIxMQABHj796zsdhTWCzJa7TF4NMNGmWNaFqVK_Uw1TRIF8VdToQK_mVfrvR30mzskre_aem_4iWQOsA7BwhqOp4BtV42ew

taz.de

Der lange Arm Turkmenistans

<https://taz.de/Pussy-Riot-Aktivistin-festgenommen/!6112212/>

tagesschau.de

Polen schießt erstmals russische Drohnen ab

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-drohne-russland-102.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus